

Änderung der Wahlordnung beschlossen

Studentenparlament der Technischen Hochschule tagte

S. 10

(haw). Das Studentenparlament der Technischen Hochschule hat am Donnerstagabend eine Initiative zu seiner Neuwahl im laufenden Sommersemester gestartet. Bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen beschloß das Studentenparlament Änderungen zu einer Ende vergangenen Jahres verabschiedeten Wahlordnung für Studentenschaftswahlen, die allerdings wegen rechtlicher Einwände gegen verschiedene Bestimmungen nicht rechtskräftig geworden ist. Die Änderungen, die das Studentenparlament jetzt beschlossen hat, sollen eine Wahl im laufenden Semester ermöglichen.

Nach der im Dezember vergangenen Jahres beschlossenen Wahlordnung soll jeder Student bei seiner Rückmeldung eine Erklärung abgeben, in welcher Fachschaft er seine Vertreter in das Studentenparlament wählen will. Dazu erklärte AStA-Mitglied Wolfgang Reinert die Pflicht von TH-Präsident Böhme wäre es gewesen - hätte er im Interesse der verfaßten Studentenschaft handeln wollen - dafür zu sorgen, daß alle wahlberechtigten Studenten bei ihrer Rückmeldung eine solche Erklärung abgegeben hätten. Obwohl Böhme dies selbstverständlich gewußt habe, habe er nichts unternommen. Aus diesem Grunde müsse die Studentenschaft selbst die Art und Weise der Erstellung des Wählerverzeichnisses neu regeln, um Wahlen im Sommersemester überhaupt möglich zu machen.

Nach der beschlossenen Änderung der Wahlordnung soll jeder nicht beurlaubte Student „im allgemeinen in derjenigen Fachschaft aktiv und passiv wahlberechtigt“ sein, in der er bei

der Rückmeldung sein passives Wahlrecht zur Fachbereichskonferenz (einem Hochschulorgan, also keinem Organ der Studentenschaft) erklärt hat. Unter bestimmten Voraussetzungen kann der Student durch eine Erklärung auf einem Formblatt sein passives und aktives Wahlrecht in einer anderen Fachschaft erklären.

Das Studentenparlament verabschiedete gleichzeitig einen Terminplan für die Studentenschaftswahlen, nach dem bereits am Donnerstag kommenden Woche das Wählerverzeichnis offengelegt werden soll. Die Wahl ist für den 6. Juni vorgesehen. Der Terminplan wird sich, das wurde ebenso klar, allerdings nicht einhalten lassen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen hat die Hochschulverwaltung für die Studentenparlamentwahlen das Wählerverzeichnis zu erstellen. Dies solle jetzt, so war vom AStA zu hören, in die Wege geleitet werden. Der jetzige Versuch des Studentenparlaments, zu Neuwahlen zu kommen, ist auf dem Hintergrund des seit Jahren schwelenden Konflikts um die Studentenschaftssatzung und um die Wahlordnung zum Studentenparlament zu sehen.

Die Vertretung der Studentenschaft hat in ihrer Sitzung beschlossen, an den Rechtshilfefonds des AStA der Frankfurter Universität 200 DM zu überweisen, „um die Solidarität mit den Frankfurter Genossen zu dokumentieren und den gerechten Kampf gegen die Maßnahmen des Magistrats zu unterstützen.“ Es geht dabei um die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Räumung des Hauses Kettenhofweg 51 in Frankfurt.

In einer Resolution ruft das Studentenparlament alle Studierenden der THD auf, „sich an der Solidaritätsbewegung für Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie für das griechische Volk zu beteiligen“. Im Parlamentsbeschuß heißt es u. a., sechs Jahre nach der Machtergreifung der Obristen herrschten in Griechenland Willkür und Terror. Verhaftungen und Folterungen seien an der Tagesordnung. Die Junta, die keine Basis im griechischen Volk habe, das für Unabhängigkeit, demokratische Rechte und Freiheit kämpfe, könne sich nur durch „ausländisches Kapital, unterstützt durch die Anwesenheit amerikanischer Truppen und andauernder NATO-Interventionen“ an der Macht halten.

In einem weiteren Beschuß setzt sich das Studentenparlament für die unbefristete Weiterbeschäftigung der zehn Merck-Lehrlinge ein, die nach ihrer Ausbildung von Merck nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden sollen oder denen nur eine befristete Weiterbeschäftigung angeboten werden soll. Solche Maßnahmen dienen „einzig und allein dem Ziel, jeden, der sein Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Anspruch nimmt, einzuschüchtern und politisch zu disziplinieren.“ Henner Pingel vom MSB Spartakus hatte dem AStA in diesem Zusammenhang vorgeworfen, versagt zu haben, da er sich nicht eingereicht habe in die Solidaritätsbewegung für die Merck-Lehrlinge. In der gleichen Resolution fordert das Darmstädter Studentenparlament auch die WiederEinstellung der beiden Dietzenbacher Lehrer Bayerle und Katarski.